

Realisierung der Ziele der „Bologna-Erklärung“ in Deutschland

- Sachstandsdarstellung -

(Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 10.11.2000)

Die am 19.06.1999 in Bologna verabschiedete gemeinsame Erklärung von 29 europäischen Bildungsministern „Der europäische Hochschulraum“¹ benennt die wesentlichen Ziele, die die europäischen Bildungsminister für die Errichtung des europäischen Hochschulraums und die Förderung der europäischen Hochschulen weltweit als vorrangig ansehen. Derzeit erstellen die Bologna-Unterzeichnerstaaten in Vorbereitung der „Bologna-Nachfolgekonferenz“, die für Mai 2001 in Prag vorgesehen ist, Berichte über die Maßnahmen der jeweiligen Länder zur Implementierung des „Bologna-Prozesses“. Berichte liegen inzwischen unter anderem aus Österreich, Belgien (flämischer und wallonischer Teil), Tschechische Republik, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Island, Lettland, Litauen, Niederlande, Polen, Schweiz, Großbritannien, Europarat (Nennungen in der Reihenfolge der englischen Schreibweise) vor². Darüber hinaus fanden und finden in vielen Unterzeichnerstaaten zahlreiche Konferenzen, Seminare usw. zum Thema „Bologna-Erklärung“ statt. Die Umsetzung der nationalen Hochschulreformen hat durch die „Bologna-Erklärung“ in unübersehbarer Weise zusätzlich Dynamik erhalten. Über die Unterzeichnerstaaten hinaus hat sich inzwischen auch der Europarat dem „Bologna-Prozess“ als Beobachter angeschlossen, ebenso wie mehrere Länder Südosteuropas. Auch europäisch organisierte Studentenvertreter befassen sich seit einiger Zeit intensiv mit dem Thema und den Zielen der „Bologna-Erklärung“. Die „National Unions of Students in Europe (ESIB)“ haben eine eigene Internet-Adresse für „den Weg nach Prag“ und die kommende Ministerkonferenz eingerichtet, unter der auch alle bisher vorliegenden Länderberichte dokumentiert sind. Schließlich erregt der Konvergenzprozess auch weltweit Aufmerksamkeit von Regierungen und Hochschulen. Erste diesbezügliche Kontakte zwischen europäischen Hochschulen und der Association of Universities of Asia and the Pacific (AUAP), den Hochschulen Lateinamerikas und der Association of Commonwealth Universities wurden bereits hergestellt.

In Deutschland stellt sich die Situation wie folgt dar:

Die Ziele der „Bologna-Erklärung“ stehen weitgehend im Einklang mit den Zielsetzungen, die Bund und Länder für die Modernisierung des Hochschulwesens in Deutschland und die Stärkung seiner internationalen Attraktivität in den letzten Jahren entwickelt haben. Insoweit kann insbesondere auf den gemeinsamen Bericht des Bundes und der Länder an die Regierungschefs sowie die gemeinsame Er-

klärung von Bund und Ländern zur „Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Studienstandorts Deutschland“ vom 16.12.1999³ verwiesen werden.

Zu den einzelnen Teilaspekten der „Bologna-Erklärung“ ergibt sich folgendes Bild:

1. Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse, auch durch die Einführung des Diplomzusatzes (Diploma Supplement)

Bologna-Erklärung: *Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse, auch durch die Einführung eines Diplomzusatzes (Diploma Supplement) mit dem Ziel, die arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der europäischen Bürger ebenso wie die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulsystems zu fördern.*

Bund und Länder habe in ihrem gemeinsamen Bericht zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Studienstandorts Deutschland darauf hingewiesen, dass die Einführung des neuen Graduierungssystems mit Bachelor-/Bakkalaureus- und Master-/Magister-studiengängen (vgl. dazu im Einzelnen Ziff. 2) sorgfältige Erprobung, insbesondere hinsichtlich der Akzeptanz der Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt erforderlich macht. Auch auf absehbare Zeit werden somit die herkömmlichen deutschen Abschlüsse Diplom, Magister und Staatsexamen trotz ihrer nur eingeschränkten internationalen Kompatibilität Regelabschlüsse eines Hochschulstudiums in Deutschland bleiben. Vor diesem Hintergrund kommt aus deutscher Sicht der Entwicklung eines europaweit akzeptierten einheitlichen „Diploma Supplement“ mit detaillierten Erläuterungen zu dem jeweiligen Abschluss große Bedeutung zu. Ausgehend von dem Bericht einer gemeinsamen Arbeitsgruppe der Europäischen Kommission, des Europarats und der UNESCO/CEPES wurde von der Hochschulrektorenkonferenz im Zusammenwirken mit den Ländern ein „Diploma Supplement Deutschland“ entwickelt. Die Anwendung steht allen Hochschulen über das Internet zur Verfügung⁴. Bund und Länder gehen davon aus, dass auch die europäische Version des „Diplo-

¹ Auf Seiten Deutschlands unterzeichnet von Frau Ministerin Uta Erdsiek-Rave (SH) für die KMK und von Herrn Parl. Staatssekretär Wolf-Michael Catenhusen für das BMBF. Gute Zusammenfassung auf der Homepage der Association of European Universities (CRE), Genf: <http://www.unige.ch/cre/>

² Die Länderberichte stehen auf der homepage der National Unions of Students in Europe (ESIB): <http://www.esib.org/prague>

³ „Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Studienstandortes Deutschland“, Bericht und Gemeinsame Erklärung für die Regierungschefs, BLK-Drucksache K 99.72 Drs vom 05.11.1999

⁴ Adresse: www.hrk.de

ma Supplement“ möglichst bald zur Verfügung stehen sollte, um die Information über im Ausland erworbene Abschlüsse und damit ihre Akzeptanz auf dem jeweiligen heimischen Arbeitsmarkt deutlich zu verbessern.

Darüber hinaus sind die Länder und Hochschulen in Deutschland bemüht, auch die herkömmlichen Diplom-, Magister- und Staatsexamensstudiengänge strukturell so weiter zu entwickeln, dass sie leichter in international übliche Strukturen eingeordnet werden können.

2. Einführung eines Studiensystems, das sich im Wesentlichen auf zwei Hauptzyklen stützt

Bologna-Erklärung: *Einführung eines Systems, das sich im Wesentlichen auf zwei Hauptzyklen stützt: Einen Zyklus bis zum ersten Abschluss (undergraduate) und einen Zyklus nach dem ersten Abschluss (graduate). Regelvoraussetzung für die Zulassung zum zweiten Zyklus ist der erfolgreiche Abschluss des ersten Studienzyklus, der mindestens drei Jahre dauert. Der nach dem ersten Zyklus erworbene Abschluss attestiert eine für den europäischen Arbeitsmarkt relevante Qualifikationsebene. Der zweite Zyklus sollte, wie in vielen europäischen Ländern, mit dem Master und/oder der Promotion abschließen.*

Neben dem herkömmlichen „einphasigen“ Graduierungssystem in Deutschland wurde mit der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes vom 20.08.1998⁵ ein neues Graduierungssystem mit gestuften Abschlüssen eingeführt. Die Vorgaben des Hochschulrahmengesetzes sind inzwischen in alle Landeshochschulgesetze übernommen worden. Damit wird der Zielsetzung in der „Bologna-Erklärung“ nach Unterscheidung von zwei Zyklen mit einem ersten Abschluss (Undergraduate studies) und einem zweiten Abschluss (Graduate studies) Rechnung getragen. Mit ihrem Strukturbeschluss vom 05.03.1999⁶ hat die Kultusministerkonferenz das neue Graduierungssystem weiter konkretisiert. Dabei hat sie insbesondere - wie auch die Arbeitgeber in ihrer sog. Kölner Erklärung⁷ - die Berufsbefähigung als ein unverzichtbares Merkmal des ersten Abschlusses hervorgehoben. Die Studiendauer bis zum ersten Abschluss wurde schon im Hochschulrah-

⁵ Hochschulrahmengesetz-Novelle vom 20.08.1998, BGBl. I S. 2190, § 19

⁶ Kultusministerkonferenz, „Strukturvorgaben für die Einführung von Bachelor-/Bakkalaureus- und Master-/Magisterstudiengänge“, Beschluss vom 05.03.1999. Dieser und die im Folgenden zitierten Beschlüsse der KMK sind auch über die Internetadresse <http://www.kmk.org> zugänglich.

⁷ Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, „Kölner Erklärung zur Entwicklung der Bachelor- und Master-Studiengänge“, Oktober 1999

mengesetz (HRG) entsprechend der „Bologna-Erklärung“ mit mindestens drei und höchstens vier Jahren festgelegt. Inzwischen sind in der Bundesrepublik Deutschland schon über 450 neue Studiengänge nach dem BA/MA-Modell in Vorbereitung bzw. überwiegend schon in der Realisierungsphase.

Die amtliche Statistik weist für das Wintersemester 99/00 erstmals Studierende und Studienanfänger in den neuen Bachelor- und Masterstudiengängen aus. Danach waren im Wintersemester 99/00 insgesamt 6.702 Studierende in den neuen Studiengängen eingeschrieben, davon 4.122 in Bachelor-Studiengängen und 2.580 in Master-Studiengängen. Bei diesen noch sehr niedrigen Zahlen ist allerdings zu berücksichtigen, dass die neuen Studiengänge in der Regel noch im Aufbau sind. So stehen den insgesamt 6.702 Studierenden 5.257 Studierende im ersten und zweiten Fachsemester gegenüber. Dieses lässt den Schluss zu, dass nach dem Stand Wintersemester 1999/2000 Bachelor- und Masterstudiengänge für eine Größenordnung von etwa 15.000 Studierenden eingerichtet waren. Unter der Voraussetzung, dass sich die dynamische Entwicklung im Bereich der Bachelor- und Masterstudiengänge fortsetzt, kann somit davon ausgegangen werden, dass sich die Anzahl der Studierenden in diesen Studiengängen in den kommenden Jahren deutlich erhöhen wird.

Die internationale Orientierung der Einführung des neuen Graduiierungssystems wurde durch gezielte Programme flankiert, von denen insbesondere hervorzuheben sind

- das Modellprogramm „International ausgerichtete Studiengänge“ mit einem Finanzvolumen von 65 Mio. DM und einer Laufzeit bis zum Jahre 2003 (zur Zeit 42 Studiengänge; vgl. Pressemitteilung des BMBF Nr. 60/2000 vom 17.04.2000)⁸
- das so genannte „Master-Plus“-Programm, das dazu beiträgt, ausländischen Studierenden mit erstem Hochschulabschluss den Einstieg in das deutsche Hochschulsystem zu erleichtern
- die besonderen Fördermöglichkeiten im Rahmen der Nachfolgeprogramme des Hochschulsonderprogramms III.⁹

⁸ DAAD, Jahresbericht 1999/2000 S. 30 ff und S. 40 ff

⁹ Bund-Länder-Vereinbarung zur Förderung der Weiterentwicklung von Hochschule und Wissenschaft sowie zur Realisierung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre (Hochschul- und Wissenschaftsprogramm, HWP), BLK-Drucksache K 00.03 Drs vom 12.01.2000

Darüber hinaus hat der Wissenschaftsrat¹⁰ im Januar 2000 eine Empfehlung zur Einführung neuer Studienstrukturen und -abschlüsse (Bachelor/Master) in Deutschland vorgelegt.

Die veränderten Anforderungen, die sich mit der Einführung eines neuen Graduierungssystems mit gestuften Abschlüssen an die Hochschulen stellen sowie das Bedürfnis nach Qualitätssicherung und verlässlicher Orientierung, sowohl für Studierende als auch für Beschäftigte haben zu einem Akkreditierungsverfahren für Bachelor- und Masterstudiengänge geführt. Durch Beschluss der Kultusministerkonferenz¹¹ wurde ein länderübergreifender Akkreditierungsrat¹² mit Sekretariat bei der HRK gebildet, dessen Aufgabe insbesondere darin besteht,

- den Ablauf der fachlich-inhaltlichen Begutachtung der zur Akkreditierung anstehenden Studiengänge zu koordinieren und die mit der fachlich-inhaltlichen Prüfung zu beauftragenden Agenturen zeitlich befristet zu akkreditieren
- zu überwachen, dass die Verfahren der Begutachtung nach nachvollziehbaren, fairen Regeln ablaufen.

Der Akkreditierungsrat greift zur Durchführung der fachlich-inhaltlichen Begutachtung der Studiengänge - soweit möglich - auf regionale oder internationale, in der Fachwelt und unter den Berufspraktikern renommierte Evaluierungs- und Akkreditierungseinrichtungen zurück. Der Akkreditierungsrat hat Mindeststandards und Kriterien¹³ für die Akkreditierung beschlossen.

Um den neuen Bachelor-/Bakkalaureus- und Master-/Magisterabschlüssen auch auf dem Arbeitsmarkt eine hinreichende Anerkennung zu sichern, hat die Kultusministerkonferenz ihre Position hinsichtlich der Zuordnung der Abschlüsse zu den Laufbahnen des öffentlichen Dienstes festgelegt¹⁴. Einen Beschluss zur akademischen Wertigkeit der neuen Abschlüsse hat die KMK am 14.04.2000 verabschiedet¹⁵.

¹⁰ Wissenschaftsrat, Drs. 4418/00 vom 21.01.2000

¹¹ Kultusministerkonferenz, „Einführung eines Akkreditierungsverfahrens für Bachelor-/Bakkalaureus- und Master-/Magisterstudiengänge“, Beschluss vom 03.12.1998

¹² Homepage des Akkreditierungsrates: <http://www.akkreditierungsrat.de>

¹³ Akkreditierungsrat, „Akkreditierung, von Akkreditierungsagenturen und Akkreditierung von Studiengängen mit den Abschlüssen Bachelor-/Bakkalaureus- und Master-/Magister - Mindeststandards und Kriterien -“, 30. November 1999

¹⁴ Kultusministerkonferenz, „Laufbahnrechtliche Zuordnung von Bachelor-/Bakkalaureus- und Master-/Magisterabschlüssen gem. § 19 HRG“, Beschluss vom 14.04.2000

¹⁵ Kultusministerkonferenz, „Zugang zur Promotion für Master-/Magister- und Bachelor-/Bakkalaureus-absolventen“, Beschluss vom 14.04.2000

Flankiert wurde die Einführung des neuen Graduierungssystems durch eine Vielzahl von Kongressen, Symposien und anderen Informationsveranstaltungen, von denen insbesondere die von DAAD und HRK durchgeführten und eingehend dokumentierten Tagungen zur Einführung der neuen Studiengängen in den unterschiedlichen Fächergruppen¹⁶ hervorzuheben sind.

3. Leistungspunktesystem und Modularisierung

Bologna-Erklärung: *Einführung eines Leistungspunktesystems - ähnlich dem ECTS - als geeignetes Mittel der Förderung größtmöglicher Mobilität der Studierenden. Punkte sollten auch außerhalb der Hochschulen, beispielsweise durch lebenslanges Lernen, erworben werden können, vorausgesetzt, sie werden durch die jeweiligen aufnehmenden Hochschulen anerkannt.*

Mit der Teilnahme deutscher Hochschulen an dem groß angelegten Modellversuch der Europäischen Union zur Entwicklung eines European-Credit-Transfer-System (ECTS) als Unterpunkt des EU-Mobilitätsprogramms SOKRATES/ERASMUS hat Deutschland maßgeblich an der Etablierung eines in ganz Europa geltenden europäischen Leistungspunktesystem mitgewirkt. Zunehmend sehen die Hochschulgesetze der Länder Leistungspunktesysteme und Modularisierung der Studiengänge vor (vgl. auch § 15 Abs. 3 HRG). Gemäß dem Strukturbeschluss der Kultusministerkonferenz vom 05.03.1999 ist bei der Genehmigung der neuen Bachelor-/Bakkalaureus- und Master-/Magisterstudiengänge grundsätzlich nachzuweisen, dass der Studiengang modularisiert und mit einem Leistungspunktesystem versehen ist. Auch der für die neuen Studiengänge eingesetzte Akkreditierungsrat und die von ihm akkreditierten Agenturen machen ihre Zustimmung zum Konzept eines neuen Studiengangs von Modularisierung und Leistungspunkten abhängig.

Bereits in ihrem ersten Folgebericht zur Stärkung der Attraktivität des Studienstandorts Deutschland vom 18.12.1997 hat sich die Kultusministerkonferenz klar dafür ausgesprochen, dass bei der Einführung eines Credit-Punktesystems auf das europäische ECT-System zurückgegriffen werden soll. Der Ausbau des Transfersystems zu einem System der Kumulation von Prüfungsleistungen wird angestrebt.

¹⁶ DAAD, Dokumentation und Materialien Nr. 32, 33 und 36

Hinzuweisen ist ferner auf das von Bund und Ländern bereits 1998 aufgelegte Modellversuchsprogramm „Modularisierung“, von dem eine Konkretisierung der strukturellen und curricularen Voraussetzungen der Modularisierung erwartet wird. Die BLK hat am 30.10.2000 einen Zwischenbericht ihres Ausschusses „Bildungsplanung“ zum BLK-Modellversuchsprogramm „Modularisierung“ (BLK-Drucksache K 00.48) zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Kultusministerkonferenz hat zur Einführung von Leistungspunktsystemen und Modularisierung Rahmenvorgaben beschlossen¹⁷. Damit werden die Konzepte von Modularisierung und Leistungspunkten auf eine länderübergreifende gemeinsame Basis gestellt, um das Maß an Einheitlichkeit in der Entwicklung zu gewährleisten, das erforderlich ist, um die länder- und hochschulübergreifende Mobilität der Studierenden zu gewährleisten. Mit Beschluss vom 04. Juli 2000 hat sich die Hochschulrektorenkonferenz für eine weitere Ausbreitung des ECT-Systems an den deutschen Hochschulen ausgesprochen. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang auch die von der Kultusministerkonferenz in Übereinstimmung mit der Hochschulrektorenkonferenz festgelegte Umrechnung des deutschen Notensystems in das ECT-System, die von Hochschulen bei der Formulierung neuer Prüfungsordnungen bereits berücksichtigt wird. Die große Mehrzahl der deutschen Hochschulen arbeitet inzwischen mit dem ECT-System, wobei der Grad der Umsetzung von der experimentellen Einführung in einzelnen Studiengängen bzw. der Anwendung nur für ausländische Studierende bis hin zur systematischen und verbindlichen Anwendung in allen Fachbereichen reicht.

4. Förderung der Mobilität durch Überwindung der Hindernisse, die der Freizügigkeit in der Praxis im Wege stehen

Bologna-Erklärung: *Förderung der Mobilität durch Überwindung der Hindernisse, die der Freizügigkeit in der Praxis im Wege stehen, insbesondere*

- *für Studierende: Zugang zu Studien- und Ausbildungsangeboten und zu entsprechenden Dienstleistungen*
- *für Lehrer, Wissenschaftler und Verwaltungspersonal: Anerkennung und Anrechnung von Auslandsaufenthalten zu Forschungs- Lehr-*

¹⁷ Kultusministerkonferenz, „Rahmenvorgaben für die Einführung von Leistungspunktsystemen und Modularisierung von Studiengängen“, Beschluss vom 15.09.2000

- *oder Ausbildungszwecken, unbeschadet der gesetzlichen Rechte dieser Personengruppen.*

Unter dem Gesichtspunkt der stärkeren Internationalisierung konnten bereits im Jahre 1998 die ausländer- und arbeitsgenehmigungsrechtlichen Voraussetzungen für ein Studium oder einen Forschungsaufenthalt in Deutschland deutlich verbessert werden (Neufassung der Vorschriften zu §§ 28, 29 Ausländergesetz). Die Erleichterungen für ausländische Studierende und Wissenschaftler betreffen insbesondere

- die zulässige Aufenthaltsdauer
- die Aufnahme von postgradualen Studien, Zweitstudien, Promotionen und ggf. Praxisphasen, die für die Anerkennung einer Ausbildung notwendig sind
- Erleichterungen beim Nachweis ausreichender Mittel zur Sicherung des Lebensunterhalts
- Verbesserungen der Möglichkeiten des Zuverdienens zur Sicherung des Lebensunterhalts, insbesondere bei studentischer Erwerbstätigkeit und
- Verbesserung des Familiennachzugs.

Erhebliche Bemühungen sind auch zu verzeichnen, die Verwaltungspraxis der zuständigen Behörden ausländerfreundlicher zu gestalten. Die Bemühungen um eine wissenschaftsfreundliche Handhabung des Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungsrechts werden fortgesetzt. Ziel ist es insbesondere, ausländischen Programmstudenten und Gastwissenschaftlern den Aufenthalt in Deutschland für Aus- und Weiterbildung sowie für Lehr- und Forschungszwecke zu erleichtern. Dazu bedarf es einer gezielten Umorientierung der gesetzlichen Vorschriften und der Verwaltungspraxis auf die Gewinnung ausländischer Studierender und Wissenschaftler.

Nach dem Beschluss der Kultusministerkonferenz¹⁸ bleibt in Deutschland das Studium bis zum berufsqualifizierenden Abschluss, bei konsekutivem Studienaufbau bis zum zweiten Abschluss gebührenfrei. Das gilt auch für ausländische Studierende. Darüber hinaus sind die Länder und die Hochschulen vielfältig bemüht, die soziale und fachliche Betreuung ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen zu verbessern. Die Hochschulrektorenkonferenz hat eine Hand-

¹⁸ Kultusministerkonferenz, "Beschluss über die Gebührenfreiheit des Studiums", 25.05.2000

reichung für Hochschul- und Fachbereichsleitungen¹⁹ verabschiedet, die auf die Rolle der Hochschule als Gastgeberin für ausländische Studierende und Hochschullehrer eingeht. Auch vermehrte Studienangebote in englischer Sprache tragen dazu bei, die Integration ausländischer Studierender in das Studium in Deutschland zu erleichtern. Besondere Anstrengungen werden ferner zur Verbesserung der sprachlichen Vorbereitung getroffen, wobei insbesondere die Einführung eines neuen Sprachentests „Deutsch als Fremdsprache“ (TestDaF)²⁰ nach dem Muster des international bekannten und erfolgreichen Tests für die englische Sprache (TOEFL) einen an den jeweiligen Erfordernissen des Studiengangs orientierten Nachweis der Sprachkenntnisse ermöglichen soll.

Die KMK hat den TestDaF (Niveaustufe III) mit dem Deutschen Sprachdiplom der Kultusministerkonferenz - Stufe II - gleichgestellt²¹. Die HRK hat den TestDaF in den Katalog der befreiten Prüfungen aufgenommen und den Hochschulen freigestellt, TestDaF-Ergebnisse bei der Feststellung der Sprachkenntnisse²² anzuwenden.

5. Förderung der europäischen Zusammenarbeit bei der Qualitätssicherung

Bologna-Erklärung: *Förderung der europäischen Zusammenarbeit bei der Qualitätssicherung im Hinblick auf die Erarbeitung vergleichbarer Kriterien und Methoden.*

Über das Qualitätsmanagement der einzelnen Hochschule hinaus nimmt das System hochschulübergreifender Qualitätssicherung in der Bundesrepublik zunehmend Konturen an. Zusammenschlüsse von Hochschulen, teilweise auch unter grenzüberschreitender Beteiligung von ausländischen Hochschulen und zentrale Agenturen für die Hochschulen eines Landes haben sich als Evaluationseinrichtungen etabliert oder stehen kurz vor der Arbeitsaufnahme. Im Zuge der Einführung des neuen Graduierungssystems haben Kultusministerkonferenz und Hochschulrektorenkonferenz ein Akkreditierungssystem mit einem länderübergreifenden Akkreditierungsrat für die Einführung der neuen Bachelor-/Bakkalaureus- und Master-/Magisterstudiengänge geschaf-

¹⁹ HRK, „Handreichung für Hochschul- und Fachbereichsleitungen ZU INTERNATIONALISIERUNGSSTRATEGIEN“, JULI 2000

²⁰ Zur Ausgestaltung des Tests vergleiche DAAD, „TestDaF, Einheitliche Deutschprüfung für ausländische Studienbewerber“, Bericht zum Sachstand (Januar 2000)

²¹ Kultusministerkonferenz, „Zugang von ausländischen Studienbewerbern mit ausländischem Bildungsnachweis zum Studium an deutschen Hochschulen: Nachweis der Sprachkenntnisse“, Beschluss vom 02.06.1995 i.d.F. v. 30.06.2000

²² HRK, Beschluss vom 21./22.02.2000 (NS 190. Plenum, Nr. 15)

fen²³. Der Wissenschaftsrat spricht sich für die institutionelle Akkreditierung neuer privater Anbieter von Hochschulbildung aus. Das aus Mitteln des BMBF finanzierte und von der Hochschulrektorenkonferenz durchgeführte Projekt „Qualität der Lehre“ fördert die länderübergreifende Information und den Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Qualitätssicherung.²⁴

Bund, Länder und Hochschulrektorenkonferenz wirken darauf hin, dass das sich etablierende hochschulübergreifende Qualitätssicherungssystem der Bundesrepublik von vornherein in das europäische Netzwerk zur Qualitätssicherung²⁵ eingebunden ist. Die wichtigsten Qualitätssicherungsagenturen sind Mitglieder im Europäischen Netzwerk. In Abstimmung mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und der Hochschulrektorenkonferenz hat sich die Kultusministerkonferenz²⁶ für eine maßgebliche Mitwirkung Deutschlands in dem entstehenden europäischen Netzwerk zur Qualitätssicherung ausgesprochen und die Rahmenbedingungen für die Mitwirkung Deutschlands definiert. Für die zweite Amtsperiode strebt die Bundesrepublik einen Platz für eine deutsche Agentur in der Steuerungsgruppe des Europäischen Netzwerks an.

6. Förderung der erforderlichen europäischen Dimension im Hochschulbereich

Bologna-Erklärung: *Förderung der erforderlichen europäischen Dimensionen im Hochschulbereich, insbesondere in Bezug auf Curriculum-Entwicklung, Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Mobilitätsprojekte und integrierte Studien-, Ausbildungs- und Forschungsprogramme.*

Der europäischen Dimension im Bezug auf Curriculumentwicklung, Hochschulzusammenarbeit, Mobilitätsprojekten und integrierten Studien-, Ausbildungs- und Forschungsprogrammen tragen die deutschen Hochschulen in vielfacher Weise Rechnung. Nach einer Übersicht der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland gab es im Jahr 1996 bereits 135 Studiengänge, 24 Graduiertenkollegs und 688 Projekte in Forschung und Lehre mit spezifischem Europa-

²³ siehe auch Ziffer 2

²⁴ Hochschulrektorenkonferenz (HRK), „Qualitätsbewertung und Qualitätsentwicklung in deutschen Hochschulen unter besonderer Berücksichtigung der Lehre“, Dokumente und Informationen 1/2000, Bonn, Juni 2000 und „Wegweiser 2000 durch die Qualitätssicherung in Lehre und Studium“, Dokumente und Informationen 2/2000, Bonn, Juli 2000

²⁵ European Network for Quality Assurance in Higher Education (enqa): Action Plan, 28./29.03.2000;

²⁶ Kultusministerkonferenz, „Qualitätssicherung/Evaluation der Lehre: Die deutsche Position im europäischen Kontext“, Beschluss vom 15.09.2000

Bezug.²⁷ Hervorzuheben ist auch die enge deutsch-französische Kooperation mit integrierten Studiengängen mit Doppeldiplom und mobilitätsfördernden Promotionsverfahren (Cotutelle de thèse), die ihre besondere institutionelle Ausprägung in der Deutsch-Französischen Hochschule gefunden hat. Mit einem neuen vom DAAD administrierten Programm des BMBF²⁸ sollen integrierte Studiengänge auch mit den Hochschulen anderer europäischer Staaten ermöglicht werden.

Im Rahmen des Hochschulsonderprogrammes III (HSP III) sind „europabezogene Maßnahmen“ und „Europahäuser/Gästehäuser“ im Zeitraum von 1996 bis Ende 2000 mit insgesamt 285 Mio. DM gefördert worden.²⁹

Ferner trägt die Einrichtung europäischer Graduiertenkollegs bei der DFG der Förderung der europäischen Dimension bei der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses in besonderer Weise Rechnung.³⁰ Die Bemühungen um besonders qualifizierte ausländische Nachwuchswissenschaftler sollen angesichts der immer noch negativen Austauschbilanz im Rahmen der europäischen Mobilitätsprogramme weiter verstärkt werden.³¹

Der Rat der Europäischen Union berät zur Zeit abschließend den Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Mobilität von Studierenden, Auszubildenden, jungen Freiwilligen, Lehrkräften und Ausbildern in der Gemeinschaft (interinstitutionelles Dossier 2000/0021 (COD), Brüssel, 23.06.2000).

Die französische EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2000 hat einen umfassenden „Aktionsplan Mobilität“³² vorgelegt, der auf die Verbesserung der Vorbereitung, die Erleichterung ihrer Finanzierung, die Erweiterung der Mobilitätsmöglichkeiten und die verbesserte Auswertung von

²⁷ Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland: „Europa in Forschung und Lehre - Eine Dokumentation“, Bonn, August 1996

²⁸ DAAD, „Integrierte binationale Studiengänge mit Doppeldiplom“, Ausschreibung des Programms, 12.08.1999 und 20.04.2000

²⁹ BLK, „Informationen zum Gemeinsamen Hochschulsonderprogramm III des Bundes und der Länder“, 30.11.1996

³⁰ „Europäische Graduiertenkollegs. Ein Zeichen internationaler Kooperation auf dem Gebiet der Doktorandenförderung“, DFG-Pressemitteilung Nr. 24 vom 20.11.1997

³¹ BMBF, „Europäische Bildungszusammenarbeit. Beispiele deutscher SOKRATES- und LEONARDO DA VINCI-Projekte“, Mai 1999

³² „Action Plan for Mobility“, new version proposed by the French presidency resulting from the expert meeting of July 19, 2000 (informal translation from the French language, Sept. 2000)

Mobilitätserfahrungen zielt. Über diese Inhalte und über die damit verbundenen Finanzierungsfragen wird derzeit im Rahmen der Bildungszusammenarbeit der EU beraten; Ziel ist eine Verabschiedung auf dem EU-Bildungsministerrat am 09.11.2000.